

Was heißt hier Wissensgesellschaft?

Potentiale freien Wissens und politische Ignoranz. Eine Polemik.

von Leonhard Dorbusch

» Die Lieblingswörter im politischen Vokabular PolitikerInnen aller Couleur nach der Jahrtausendwende sind „Innovation“ und „Wissensgesellschaft“. Und auch wenn seit dem Ende des ersten „dot-com“-Booms nicht mehr jeder Verweis auf die „Chancen und Möglichkeiten des Internets“ mit visionärem Pathos einhergeht, so gilt es doch im gesamten politischen Spektrum „für das Informationszeitalter gerüstet zu sein“. So kann es auch nicht besonders überraschen, dass sich im lagerübergreifenden CDU-SPD-Koalitionspapier auf 191 Seiten das Wort „Innovation“ ganze 72 Mal findet: beinahe auf jeder zweiten Seite.

Die weltanschauliche Einheitsfront zwischen den politischen Lagern erstreckt sich auch auf den Bereich konkret-politischer Maßnahmen im internationalen informationstechnologischen Wettrennen: Neben der ebenso trivial-wichtigen wie PISA-induzierten Erkenntnis der großen Bedeutung zivilisatorischer Grundtugenden wie „Lesen“ gerade in einer „Wissensgesellschaft“, besteht diese Einigkeit größtenteils in Form geteilter Ratlosigkeit und grundsätzlicher Skepsis. Dabei wird die Beschränkung auf (durchaus notwendige) bildungspolitische Maßnahmen der Bedeutung und Komplexität neuer Informationstechnologien nicht gerecht. Eine kleine Auswahl aktueller „Schlachtfelder“ zeigt denn auch, dass sich in der Regel nicht die politischen Blöcke sondern Lobbyistengruppen im Kampf um die (ignorante) politische Kaste gegenüberstehen:

□ „Raubkopierer sind Verbrecher“ vs. „Rettet die Privatkopie“

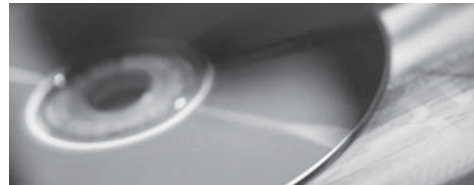
Ein restriktives und längst nicht mehr zeitgemäßes Urheberrecht wird entgegen der Interessen der Mehrheit sowohl der Künstler/innen als auch der KonsumentInnen immer weiter verschärft. Positive Ansätze wie Bagatelklauseeln werden noch vor dem parlamentarischen Begutachtungsprozess von Lobbyisten erfolgreich herausreklamiert. Kein Wunder, dass sich in ganz Europa „Piratenparteien“ nach schwedischem Vorbild gründen.

□ Ausdehnung vs. Einschränkung von Patentrechten

Die innovationsfördernde Wirkung von Patenten – ihre einzige Existenzberechtigung – konnte noch nie überzeugend empirisch nachgewiesen werden. Umso deutlicher werden aber innovationshemmende Folgen weiterer Ausdehnung von Dauer und Reichweite bestehender Patentrechte. Während sich große Konzerne in „strategischem Patentieren“ üben und gigantische Patent-Portfolios anhäufen, haben kleine und mittlere Unternehmen mit Software- und Trivialpatenten wie Amazons „One-Click-Shopping“-Patent zu kämpfen. Auf europäischer Ebene liegen Softwarepatente dabei nur Dank des EU-Parlaments und trotz rot-grüner Stimmenthaltung im Rat auf Eis.

www.hartabergerecht.de
www.privatkopie.net

Lessig, L. (2004): Free Culture. Penguin Books
 Benkler, Y. (2006): The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom. Yale University Press
 Beide Bücher sind unter einer CreativeCommons-Lizenz veröffentlicht und damit frei im Internet verfügbar.



Fotos: www.PhotoCase.com

□ Förderung (Open Content) vs. Verhinderung (Digital Rights Management) freier Inhalte im Internet

Freie Inhalte gedeihen in Deutschland trotz und nicht wegen ihrer politischen Unterstützung. Trotz der Binsenweisheit, dass Neues immer nur aus der Kombination bereits vorhandenen Wissens entstehen kann, werden immer umfassendere Systeme zur beschränkten Nutzung von Inhalten verschiedenster Art noch mit gesetzlichen Begleitmaßnahmen flankiert. Von dem deutschen Unikum eines volkswirtschaftlich schädlichen aber umso florierenderen Abmahn(un)wesens ganz zu schweigen, das nichtkommerzielle Internetplattformen besonders bedroht. Initiativen wie Open Access oder Creative Commons für freieren Zugang zu wissenschaftlichem oder künstlerischem Wissen sind in der politischen Kaste dafür weitgehend unbekannt.

» Schon ein oberflächlicher Blick auf die realen politischen Fragestellungen auf diesen „Schlachtfeldern“ zeigt, dass weltanschauliche Fronten sehr wohl vorhanden sind. Ein Großteil der verantwortlichen Politiker/innen aller Couleur hat aber scheinbar wenig Ahnung, was er mit der „Wissensgesellschaft“ meint, die er zu fördern behauptet. Einher mit dieser Analyse geht sowohl ein großes, bislang ungenutztes, Potential für emanzipatorische Politik als auch zahlreiche Gefahren, die mit der fortgesetzten Ignoranz politischer Entscheidungsträger den zahlreichen neuen Fragestellungen gegenüber verbunden sind.

Zu den Potentialen zählen vor allem Chancen, die mit einer möglichst breiten Ausdehnung der „Commons“, einer digital-kollektiven Wissensallmende einhergehen. Die freie Online-Enzyklopädie Wikipedia und ihre Schwesterprojekte sollen hier nur stellvertretend für diverseste Initiativen in den Bereichen freie Netze, freie Software, freie Kultur und freies Wissen genannt werden. Völlig unterschätzt wird dabei die wirtschaftliche Bedeutung, die erst langsam unter dem Schlagwort „Open Innovation“ in die politische Debatte einzusickern beginnt. Gerade weil das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung immer weiter zunimmt, ist der möglichst breite und freie Zugang zu Wissen die Voraussetzung für nachhaltige Dynamik.

Neben der Gefahr, wesentliche Gelegenheiten zur Schaffung gesellschaftlichen Mehrwerts ungenutzt zu lassen, ist die unterschätzte Notwendigkeit gesetzlich-politischer Ermöglichung digitaler Freiheiten wohl die größte. Nicht umsonst tobt in den USA gerade ein heftiger Kampf um die „Netzneutralität“ im Internet. Die Koalition „Save the Internet“ fordert die gesetzliche Garantie der Gleichbehandlung von Datenpaketen im Netz. Ohne eine derartige Regelung könnten die großen Netzbetreiber dank neuer Technik schon in Kürze dazu übergehen, Datenpakete zahlungskräftiger Kunden zu priorisieren – ein Umstand, der für die finanzschwachen, freien Projekte im Internet fatale Folgen hätte. Wie politisch diese scheinbar rein technische Frage ist, zeigt schon der Name der Gegenkoalition aus Netzbetreibern und konservativen Think-Tanks: Sie fordern und nennen sich „Hands off the Internet“. Auf dass das freie Spiel der (Kapital-)Kräfte schon zu dem gewünschten Ergebnis führen werde. ■

↳ Leonhard Dorbusch promoviert zur Zeit in Berlin.

spw s|2006

45